

Die unterzeichnete Bezirksrätin der Grünen Alternative Penzing, stellt gemäß § 23 GO der Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 28.09.2021 folgende

ANFRAGE

Bezüglich der Antwort der Bezirksvorsteherin auf die Petition „Platz für Wien“ von Ulrich Leth:
Punkt 6: 350 autofreie Schulvorplätze einrichten

In der Stellungnahme der Bezirksvorsteherin heißt es: *„Auch hier gibt es bereits zahlreiche Beispiele aus Penzing, wie zum Beispiel die abgeschlossene Planung der Vergrößerung des Reinlparks in Richtung Goldschlagstraße, bzw. die Vorplätze der Schulen in der Märzstraße bzw. Muthsamgasse (Spallartgasse).“*

- Laut Schulführer der Bildungsdirektion Wien, gibt es aktuell in Wien 699 Schulen, davon sind 30 (also 4,3%) in Penzing. Anteilsmäßig an den geforderten 350 autofreien Schulvorplätzen, würde dies für Penzing 15 autofreie Schulvorplätze bedeuten. Wieviele und welche Schulvorplätze sind in Penzing derzeit schon autofrei nach den Kriterien der Petition (Schulbereiche in Nebenstraßen permanent autofrei, in Hauptstraßen zumindest Gehsteigverbreiterungen im Eingangsbereich bzw. autofreie Aufenthaltsbereiche in Seitengassen, temporär autofreie Schulvorplätze (Schulstraßen) als Übergangslösung, attraktive Gestaltung der Schulvorplätze mit Sitzgelegenheiten und Beschattung, Fahrrad- und Scooterstände in ausreichender Zahl)?
- Wieviele und welche Schulvorplätze sollen bis 2030 in Penzing autofrei werden nach den genannten Kriterien?

BEGRÜNDUNG

Die Petition „Platz für Wien“ hat 57000 Unterstützer*innen erhalten, was zeigt, wie relevant die Forderungen für die Wiener*innen – und damit auch für die Penzinger*innen sind. Nachdem sich die Stellungnahme der Bezirksvorsteherin in Penzing auf inhaltsleere Phrasen (mit wenigen Ausnahmen Copy Paste) und einige wenige Beispiele aus dem Bezirk beschränkt, ist eine mögliche Umsetzung der

DIE GRÜNEN BEZIRKSORGANISATION PENZING



Forderungen nach wie vor unklar. Der starke Zulauf der Petition beweist, dass es ein reges Interesse vonseiten der Bürger*innen an den Forderungen gibt, weshalb Konkretisierungen der Antworten notwendig sind.

Marita Gasteiger
Bezirksrätin